

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 M., monatlich 30 Pf., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugspreis: Monatlich 30 Pf., einjährig 3,60 M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien 54 Pf., für das übrige Ausland 72 Pf. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, England, Schweden und die Schweiz.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kuzgenpreis:
Die zehnjährige Konzeptionszeit kostet 9 M. „Kleine Kuzgen“ das fertige Wort 2 M. (schlief zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. (Schliefen und Schließenanfragen des Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1 M. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Kuzgen für Abonnenten Seite 4 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.
Kuzgen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moricplas 15195-97
Expedition Moricplas 11753-54

Wittwoch, den 15. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moricplas 11753-54

Die wahre Stinnes-Koalition.

Keine Milderung des Vertrauensantrages. — Die Unabhängigen gegen Wirth.

Der gestrige Beschluß der Reichstagsfraktion der USP stellt sich als ein Versuch dar, aus der überaus schwierigen Lage herauszukommen, in die die Partei der Unabhängigen durch ihre rein parteiagitorische Einstellung geraten ist. Ob dieser Versuch gelingen wird, steht noch dahin. Die Aussichten werden um die Mittagsstunde im Reichstag als überaus ungünstig betrachtet. Die Unabhängigen haben bekanntlich beschlossen, von der Regierung weitere Garantien hinsichtlich der Maßregelungen von Eisenbahnbeamten und -arbeitern zu fordern und eine andere Formulierung des von den Regierungsparteien gestellten Vertrauensantrages zu verlangen. Es ist aber durchaus nicht klar, was die Unabhängigen als Gegengabe gewähren wollen für den Fall, daß man auf ihren Wunsch einginge. Sie haben sich nicht darüber erklärt, ob sie im Falle eines abgeänderten Vertrauensvotums für die Regierung dieses annehmen oder ob sie sich dann nur der Stimme enthalten würden. Mit der Stimmenthaltung wäre aber sehr wenig gewonnen. Denn es ist zu bedenken, daß sich der Vorgang der Abstimmung folgendermaßen abspielt: Die Befürworter des Vertrauensantrages geben rote Stimmzettel mit „Ja“ ab, die Gegner weiße Stimmzettel mit „Nein“. Die Anhänger der Enthaltung blaue Stimmzettel mit dem Ausdruck: „Enthalt mich“. Würde sich nun ergeben, daß die Zahl der weißen und der blauen Zettel größer wäre als die der roten, dann wäre für das Vertrauensvotum eine absolute Mehrheit nicht vorhanden und die Lage wäre für die Regierung fast genau so, als wenn statt der weißen und blauen Zettel lauter weiße Nein-Zettel abgegeben worden wären. Die Regierung hat dann keine Mehrheit für ihr Vertrauensvotum erreicht und muß gehen.

Es ist klar, daß die Aussicht auf ein solches Ergebnis für die Koalitionsparteien nicht verlockend sein kann, den Wünschen der Unabhängigen besonders weit entgegenzukommen. Ueber die Frage der Maßregelungen hat sich der Reichstagskanzler wiederholt in Verhandlungen mit den Parteien und in seiner zweiten Reichstagsrede ausgesprochen, und er hat dabei zu erkennen gegeben, daß er jede blindwütige Vergeltungspolitik, die sich in Massenmaßregelungen äußert, mißbilligt, daß er bereit ist, liberelle Maßnahmen untergeordneter Behörden wieder rückgängig zu machen.

Sehr wenig verständlich erscheint es aber auch, daß die Unabhängigen ihre Stellungnahme zu einem Vertrauensvotum für die Regierung von einem etwa abgeänderten Wortlaut abhängig machen wollen. Die Dummheit ist gewiß eine Weltmanns erste Tugend, aber es ist gefährlich, sie zu überschätzen. Und so dumm kann kein Wähler im Deutschen Reich sein, zu glauben, daß eine Partei in dem gegenwärtigen Augenblick dadurch, daß sie die Erklärung der Regierung formal billigt, alles unterschreiben und bestätigen will, was die Regierung im einzelnen gesagt oder getan hat. Vielmehr sieht ein jeder ein, daß es sich im gegenwärtigen Augenblick einzig und allein um die Frage handelt, ob die gegenwärtige Regierung gehen oder bleiben soll, und daß die Worte, die zu diesem Zwecke gesprochen werden, nichts als leeres Gerede sind. Wir nehmen daher an, daß auch die Anhänger der Unabhängigen sicherlich intelligent genug wären, zu begreifen, daß die Unabhängigen durch eine Zustimmung zu dem Vertrauensantrag der Regierung keineswegs alles billigen wollten, was während des Eisenbahnstreiks geschehen sei, sondern daß sie nur beabsichtigten, die Regierung am Leben zu erhalten. Diese Absicht wäre aber sicherlich in den weitesten Kreisen der unabhängigen Parteianhänger verstanden und gebilligt worden, da jedermann weiß, daß die Verschiebung, die nach einem Sturz der Regierung Wirth einzutreten droht, keineswegs im Interesse der arbeitenden Massen gelegen ist.

Die Situation, die schon gestern verrückt war, erscheint also heute noch viel verrückter. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß bei der Abstimmung am heutigen Nachmittag die viel besprochene „große Stinnes-Koalition“ wirklich zustande kommen wird, aber in einer ganz anderen Form, unter einer ganz anderen Parteikonstellation und zu ganz anderen Zwecken, als jemals zuvor angenommen worden ist. Heute nachmittags wird, wenn nicht etwa noch eine außerordentliche Wendung eintreten sollte, die deutschnational-kommunistisch-volksparteiliche-unabhängige Stinnes-Koalition in Erscheinung treten und den Versuch unternehmen, die Regierung Wirth zu stürzen.

Die „große Koalition“ wäre somit am negativen Pol zustande gekommen.

Gegen Mittag begaben sich die Führer der Unabhängigen Crispian und Ledebaur zum Reichstagskanzler. Für 1/2 1 Uhr ist eine neue Fraktions-sitzung der Unabhängigen, die zweite dieses Vormittags, angesetzt. Sie wird aber voraussichtlich keine veränderte Lage vorfinden. Auch die Fraktionen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei halten Sitzung ab. Man nimmt im Reichstag allgemein an, daß trotz der Haltung der Unabhängigen die Abstimmung mit einem, wenn auch ziemlich knappen Sieg der Regierung schließen wird. Die Bayerische Volkspartei soll ziemlich einhellig gewillt sein, für das Vertrauensvotum zu stimmen und dann ist für die Regierung eine knappe Mehrheit gesichert. Man rechnet auch mit der Abwesenheit verschiedener Abgeordneter von rechts und links, die sich an der Regierungsfürzerei nicht beteiligen wollen. Auf Seiten der Deutschen Volkspartei werden die Herren v. Kardorff, Dr. Heinke, Seibold (Lokomotivführer) und Frau v. Dheim genannt, die auf keinen Fall gegen den Vertrauensantrag stimmen wollen. Ueber die möglichen oder wahrscheinlichen Abstimmungen bei den Unabhängigen wird viel geredet. Dabei wird auch ein Umstand ziemlich untergeordneter Bedeutung halb ernsthaft, halb humoristisch in den Kreis der Betrachtung gezogen. Wenn nämlich ein Abgeordneter an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, dann werden ihm von seinen Diäten 100 Mark abgezogen. Diejenigen Abgeordneten der USP, die nicht gewillt sind, die große Stinnes-Koalition zum Sturze Wirths mitzumachen, werden also genötigt sein, heute für ihre Ueberzeugung bare 100 Papiermark zu opfern.

Volksparteiliche Ausreden.

Die „Telegraphenunion“ verbreitet in der zweiten Nachmittagsstunde folgende parteiisidliche Erläuterung ihres Verhaltens: Mit Rücksicht auf irreführende Pressenachrichten sieht sich die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu folgender Erklärung veranlaßt: Auf Veranlassung von Eggellenz Spahn wurden die Vertreter der Deutschen Volkspartei gestern zu einer Sitzung in die Reichstagskanzlei geladen, an der der Herr Reichstagskanzler und je zwei Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten teilnahmen.

Bei dieser Zusammenkunft wurde die innenpolitische Lage beraten und von Seiten des Zentrums und der Demokraten dringend auf die Notwendigkeit der Schaffung einer durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Regierungsbasis hingewiesen. Die Vertreter der Volkspartei erklärten, daß eine Zurücknahme des persönlichen auf den Reichstagskanzler abgestellten Vertrauensantrages auch dann nicht in Frage kommen könne, wenn man dem Vertrauensvotum eine noch weiter abschwächende Begründung gebe. Ueber Auffassung nach könne nur dann die Frage des Vertrauensvotums erneut erörtert werden, wenn sich nach der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Dann würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die Anregung mit ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem inzwischen der Beschluß der Sozialdemokratie ergangen und damit festgestellt war, daß die in der Zusammenkunft angeregte veränderte parlamentarische Situation nicht mehr in Frage komme, erklärte der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Eggellenz Spahn, vor der heutigen zweiten Zusammenkunft, daß sie sich von weiteren Verhandlungen keinen Erfolg versprechen könnten und daher an der weiteren Beratung nicht teilnehmen würden.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Die für heute vormittags 10 Uhr angelegte interfraktionelle Sitzung dauerte bis 12 1/2 Uhr. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei verließen die Sitzung, nachdem die Sozialdemokraten die gestern abend beschlossene Erklärung abgegeben hatten. Es wurde vereinbart, über die am Sonnabend eingereichte Vertrauens-erklärung die Abstimmung heute nachmittags vorzunehmen zu lassen. Kurzzeit konferenziert der Reichstagskanzler mit dem Reichspräsidenten. Die Unabhängigen sind für heute vor der Plenarsitzung zum Reichstagskanzler gebeten worden.

Vor den Portalen des Reichstages wird ein Flugblatt der Reichsgewerkschaft verteilt, worin in heftigen Ausdrücken darüber Beschwerde geführt wird, daß das vom Reichstagskanzler gegebene Ehrenwort, keine Maßregelungen stattfinden zu lassen, vom Reichsverkehrsminister gebrochen werde. Die Parteien werden aufgefordert, dem System der Massenmaßregelungen ein Ende zu machen.

Der Kassenjammer.

Gestern noch marschierte die Deutsche Volkspartei mit trotzigem Mienen an der Spitze der Kanzlerstürzer nach dem Rhythmus „Wenn der Rut in der Brust seine Spannkraft lbt“. Das schwere Geschäß des Vertrauensvotums, mit Donner zweifach überladen, war in Stellung gebracht. Ha, die deutsch-nationale Konkurrenz sollte sehen, daß man sich in nichts, auch in gar nichts von ihr den Rang ablaufen lasse.

Heute stehen die Triarier der Opposition als begossene Pudel da. „Nimmer langsam voran, immer langsam voran“ lautet jetzt die Marschweise. Wie dem Rhythmus schwächlich ist es diesem tapferen Landsturm geworden. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist über Nacht eingefallen, daß es sogar außenpolitische Probleme gibt wie die Konferenz von Genua. Sie klagt, weint und lamentiert, daß es doch so nicht weiterginge:

Die Situation ist gründlich verfahren, und wie die Dinge liegen, hängt es von banalsten Zufälligkeiten ab, ob die Entscheidung so oder so ausfällt, von Zufälligkeiten, die einen diesen Strich machen können durch alle die parteipolitischen Berechnungen, mittels derer man die Situation so oder so zu retten sich bemüht.

Über die Dinge liegen so, und darüber sollte man sich im Parlament keinen Täuschungen hingeben, daß die Situation, die im Reichstag entstanden ist, weil man die Zeit und die Gelegenheit für geeignet hielt, allerlei parteipolitische Differenzen zum Austrag zu bringen, des deutschen Volkes und des Deutschen Reichstags in keiner Weise würdig ist.

„Man“ ist ein sehr behdbarer Begriff. Das Blatt des Herrn Stinnes versichert zwar, es sei „unmöglich zu unteruchen, wer die Schuld trägt an der peinvollen Situation“. Die Untersuchung ist aber nur deswegen müßig, weil die Antwort auf diese Frage ganz klar und eindeutig zutage liegt. Schuld an der Situation sind — wie regelmäßig — die Leute, die in entscheidenden und verantwortungsvollen Lagen keine andere Sorge kennen, als daß ihnen die schärfer gerichtete Konkurrenz das Agitationsgeschäft verderben könnte, die sich die billige Kellame von Vertrauensanträgen gestalten, um dann — wie die „D. A. Z.“ — mit beweglichen Worten nach der geschlossenen Einheitsfront zu jammern:

Nicht um Personen handelt es sich jetzt, nicht um die Interessen der politischen Parteien. Ihre Differenzen sind im Vergleich zu den außenpolitischen Belangen, die wir heute zu vertreten haben, Nichtigkeiten. Es handelt sich darum, daß wir nach außen hin eine geschlossene Front bilden, damit wir in den nationalen Aufgaben gerecht werden können, die wir zu lösen haben.

Wir stehen vor der Konferenz von Genua. Ein leitender Staatsmann der nach Genua geht, wird dort in den Augen unserer Gegner keine glückliche Rolle spielen können, wenn sie nicht wissen, daß alle aufbauenden Elemente in der Nation hinter ihm stehen. Wo aber nehmen wir den Staatsmann her, hinter den sich die Nation geschlossen stellen kann? Wir würden ihn finden, wenn wir einig zusammenständen nach außen hin.

Und dann folgen wieder klagende Mahnungen, daß die „partei politischen Zänkereien“, die im Reichstag ein „abschreckendes Bild“ bieten, ein Ende haben müßten, und am Schluß die hange Frage, wann diese Erkenntnis endlich zum Gemeingut des deutschen Volkes werden würde.

Gegen wen richtet sich das alles eigentlich? Diese Klagen sind beinahe so überzeugend wie gestern im Zirkus Busch die Beschwerden der biederen Landbündler, die den Zentner Kartoffeln mit 300 Mark verkaufen, über den Lebensmittelwucher. Die sachliche Stellungnahme dazu ließe sich etwa in der Form einer kleinen parlamentarischen Anfrage präzisieren: Inwieweit beabsichtigt die Deutsche Volkspartei noch ernst genommen zu werden?

Der Stoff ist wirklich eines großen Satirikers würdig: Eine Partei, die ein scharfes Vertrauensvotum gegen die Regierung beantragt und dann um Aufnahme in dieselbe Regierung winselt, die sie angeblich stürzen will. Eine Partei, die mit solchen Kriegserklärungen paradiert und sich hinterher beschwert, daß das Verständnis für die Einheitsfront noch immer nicht vorhanden sei. Die Volksparteiler sind die würdigen Erben der Partei, die einstmal von sich selber sang:

Heute so, morgen so, immer glatt wie ein Kal, das nennt man mit Recht nationalliberal.

Der deutschnationale Streikfreund.

Auf unsere Notiz in der gestrigen Morgenausgabe über den Streikunterstützungen sammelnden deutschnationalen Abgeordneten Vogel bringt die „Deutsche Tageszeitung“ heute morgen in großer Aufmachung eine Entgegnung des sozialdemokratischen Postsekretärs Schimmel, der, wie der Abg. Vogel, dem Vorstand des Bezirksvereins Berlin des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten angehört und dem Abg. Vogel bescheinigt, daß dieser sich gegen den Eisenbahnerstreik und gegen einen etwaigen Postbeamtenstreik gewandt und daß er sich um Beilegung des Streiks bemüht habe. Was nun die Unterschrift Vogels unter den Sammlungsaufruf betrifft, gibt Schimmel folgende Erklärung:

5. Daß es sich bei der Mitteilung an die Vertrauensmänner um eine Aufforderung zur Bildung eines Fonds „Arbeitszeit“ gehandelt hat und nicht um einen Aufruf zur Sammlung von Streikunterstützungsgeldern. Ausdrücklich bestand Einverständnis darüber, daß es sich nicht um einen Streikfonds handelte. Der Fonds „Arbeitszeit“ sieht zur Verwendung der Zentrale der Reichspostgewerkschaft; bei unangebrachter Verwendung bleibt es jedem Mitgliede noch unbenommen, die ihm nötig erscheinenden Folgerungen zu ziehen.

6. Die Mitteilung an die Vertrauensmänner ist am 6. Februar gegen 1 Uhr mittags ergangen, als wir nach dem Stande der Verhandlungen damit rechnen konnten, daß die Reichspostgewerkschaft nicht mehr in den Streit hineingezogen werden würde.

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken: Wir nehmen es weder Herrn Vogel noch dem Genossen Schimmel übel, wenn jener sich unter den Hühneraugentrütern seiner Fraktion hilfesuchend an diesen wandte, und dieser ihn mehr aus Kollegialität und Courtoisie als aus Sachkenntnis ihm das vorstehende Attest ausstellte. Wie war der Gang der Dinge?

Am 2. Februar, also nach Ausbruch des Eisenbahnerstreiks, fand eine Funktionärerversammlung des Reichspostgewerkschaft angeschlossenen Reichverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten statt, von der die „Deutsche Tageszeitung“ folgendes meldete:

„Die Funktionäre erklärten ferner, daß die Post- und Telegraphenbeamten jederzeit bereit seien, an die Seite der streikenden Eisenbahnbeamten zu treten, falls von diesen der Ruf an sie ergehen sollte.“

In dieser Versammlung wurde auch der Beschluß zur Sammlung für einen Fonds „Arbeitszeit“ gefaßt, zu der die Post- und Telegraphenbeamten der unteren Gruppen durch ein Rundschreiben vom 3. Februar aufgefordert wurden. Die Beamten betrachteten diese Sammlung als Streikfonds-Sammlung — die wir ihnen durchaus nicht übel nehmen —, und daß sie sich nicht geirrt haben, werden wir be weisen.

Ein paar Tage später wurde der gleiche Beschluß zur Sammlung für den Fonds „Arbeitszeit“ in der Reichspostgewerkschaft gefaßt. Daraus erhellen die Reichspostgewerkschaft angeschlossenen Verbände, soweit sie es noch nicht getan hatten, einen Aufruf zur Sammlung. Der Aufruf, den der Abg. Vogel als Vorsitzender des Bezirksvereins des Verbandes deutscher Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten an erster Stelle unterschrieben hat, sagt folgendes:

„Auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses der Reichspostgewerkschaft und unseres Verbandsvorstandes muß unverzüglich eine Sammlung zur Bildung eines Fonds „Arbeitszeit“ ausgeführt werden. Wir bitten Sie höflich, die Sammlung sofort zu vollziehen. Es handelt sich um eine Notstands-Sammlung und um ein Notopfer jedes einzelnen Verbandes. Die Umstände sind dringend, die diese besondere Sammlung verlangen. Wir bitten, sich der Sammlung mit aller Kraft anzunehmen, damit sie unverzüglich und erfolgreich durchgeführt wird. Die Sammlung muß ein Erfolg des Verbandsgedankens sein. Wir setzen trotz des materiellen Opfers Einigkeit und Geschlossenheit zeigen. Diese verbürgen, daß größere und weit zahlreichere Opfer vermieden werden.“

Die Idee eines Milliardärs.

Von Ernst Grau.

Auf der Konferenz in Washington machte bekanntlich der amerikanische Staatssekretär Hughes den vernünftigsten Vorschlag, den je ein Mensch ausgesprochen, nämlich den, die Kriegskosten sämtlicher Nationen ganz oder wenigstens zum weitaus größten Teile zu vermindern. Ob die deutschen Sozialistenvereine Hughes deshalb zum Ehrenmitglied ernannt haben, ist bis zur Stunde nicht bekannt geworden.

Aber noch eine andere, nahezu ebenso interessante Nachricht wurde in diesem Zusammenhange verbreitet: der amerikanische Eisen- und Stahlkönig Ford erklärt sich bereit, sämtliche Kriegsschiffe der ganzen Welt aufzukaufen, um sie zu verschrotten und als landwirtschaftliche Maschinen nützlicheren Zwecken zuzuführen.

Man stelle sich einmal die Großzügigkeit eines solchen Unternehmens vor und man wird erstaunt sein, daß eigentlich so gar kein Aufhebens von dieser Sache gemacht wurde.

So soll dabei nicht einmal untersucht werden, welche wirtschaftspolitischen Folgen ein solches Unternehmen gezeitigt hätte. Darüber zu urteilen, mag Sache der Fachleute sein. Rein, ein viel weittragenderer Gedanke soll hier besprochen werden.

Man denke sich, daß Fords Anerbieten angenommen würde und daß nun eines Tages sämtliche Staaten des Erdballs ihre Kriegsschiffe zu Ford schickten. In einem abgelegenen Hafen von Niesendimantson lägen Dreadnought neben Dreadnought, Kreuzer neben Kreuzer, U-Boot neben Torpedoboot in unübersehbarer Anzahl.

Ihr jetziger Besitzer, Ford, denkt nun aber gar nicht daran, seine Riesenflotte zu zertrümmern. Im Gegenteil. Im geheimen hat er Führer, Unterführer und Mannschaften angeworben, um diese Flotte zu bemannten. Mit Hilfe seiner Milliarden von Dollars ist es ihm möglich gewesen, ein Marineheer aufzustellen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Seine Munitionsfabriken haben Granate auf Granate gespeichert, Torpedo auf Torpedo, Mine auf Mine. Seine Flugzeugfabriken haben schieferhaft gearbeitet, daß das Heer seiner Aeroplane die Sonne verfinstert. Und so gerüstet, erscheint er eines Tages vor New York, vor London, vor Hamburg, vor Petersburg.

Die Menschheit ist entsetzt. Sie versucht sich zu wehren. Aber drohend erhebt sich das Gepeitsch der Blockade. Fords Riesenflotte hat sämtliche Handelschiffe auf allen Weltmeeren gelapert.

Die Menschheit ist machtlos. Der Hunger zwingt sie auf die Knie. Nüchtern strecken sie die Hände zu Ford empor. Ein Kopfschütteln von ihm kann das Ende aller Völker der Erde bedeuten. Mit einem „Ja“ macht er sich zum Herrscher der Welt. — —

Aber — das alles ist schließlich doch nur eine müßige, phantastische Idee. Ford ist Eisenkönig, also Geschäftsmann. Er wird sicherlich nur

Asdamn folgen Richtlinien, die genau mit jenen des Reichsverbandes übereinstimmen.

Man kann ruhig sagen, daß es ein Blinder mit dem Stock fühlen muß, selbst wenn er es nicht will, welchen Sinn und Zweck die Sammlung haben soll.

Doch wir wollen unsere Beweisführung damit noch nicht beenden sein lassen. Deshalb lassen wir das Verbandsorgan des Herrn Abg. Vogel, die „Deutsche Postzeitung“ sprechen, die die wahre Sachlage doch wirklich kennen muß. Und sie äußert sich in ihrer Nr. 6/7 vom 15. Februar zu der Angelegenheit in dieser Weise:

Angeht die mehr als unverständlichen Behandlung der unteren und mittleren Beamten in der Besoldungsfrage lag für die RPO. — abgesehen von den genannten, der gegebenen Sachlage nach mehr akademischen Erwägungen — mithin kein Grund vor, den Eisenbahnern, nachdem sie deshalb den Streik entsetzt hatten, etwa in den Rücken zu fallen; strenge Neutralität war hier selbstverständlich und ist von allen der RPO. angeschlossenen Verbänden einmütig gutgeheißen worden. In der Frage des Arbeitszeitgesetzes jedoch, in der der nun einmal entbrannte Streik der Eisenbahner auch die Sache der Postbeamenschaft betraf, konnte und mußte der Boden der Neutralität aufgegeben werden, ohne damit gleichzeitig den Gedanken, nun auch selber selber aktiv am Streik sich zu beteiligen, paßlos werden zu lassen; dieser Gedanke ist denn auch einmütig im Vorstand der RPO. abgelehnt, dafür aber ebenso einmütig der Sympathie und dem Willen Ausdruck gegeben worden, die mit dem Streik drohenden Eisenbahner moralisch und e. Z. auch finanziell zu unterstützen, und zu diesem Zwecke rohestens einen Arbeitszeit-Fonds für die eigenen Zwecke der RPO. zu schaffen, aus dem die finanzielle Unterstützung der RPO. in ihrem Kampfe gegen das Arbeitszeitgesetz erfolgen sollte. Maßgebend hierfür war nicht in letzter Linie auch der Umstand, daß der Streik in — in diesem Augenblick sichere — Aussicht gestellt worden war, um die Reichsregierung zu Weiterverhandlungen in den zur Debatte stehenden beiden Fragen zu zwingen. In diesem Sinne wurde ein von den Vertretern aller der RPO. angeschlossenen Fachverbände unterzeichneter Aufruf beschloffen, dessen Verwendung jedoch infolge der inzwischen erfolgten Bahmlegung des Eisenbahnverkehrs nicht mehr möglich war.

Dies dürfte wohl genügen. Das Organ des Abg. Vogel bestätigt, und zwar nicht mehr zwischen den Zeilen, sondern ganz ausdrücklich und offen, daß die Postbeamten sich mit den streikenden Eisenbahnbeamten solidarisch fühlten, weil diese sowohl in der Besoldungsfrage wie auch in der Frage des Arbeitszeitgesetzes ihren eigenen Kampf führen. Sie sollten daher finanziell unterstützt werden, und zu diesem Zwecke sollte eben der Aufruf zur Sammlung eines „Arbeitszeit“-Fonds dienen, den der Abg. Vogel an erster Stelle unterschrieben hat.

Deshalb halten wir unsere Behauptung aufrecht, daß die deutschnationale Fraktion, die für Rassendisciplinierungen bei der Eisenbahn eintritt, mit dem „guten“ Beispiel vorangehen und ihr Mitglied Julius Vogel auslöschen muß, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß ihre ganze Haltung in der Streikfrage eine einzige Heuchelei ist.

Gipfel der Sittlichkeit oder — Borniertheit?

Behördlicher Kampf gegen uneheliche Mütter.

Aus Kreisen der Reichspostbeamtinnen schreibt man uns: Mit den Sittlichkeitsanschauungen im Reichspostministerium und im Verband der deutschen Post- und Telegraphenbeamtinnen in der Frage der unehelichen Mütterchaft hat sich die Öffentlichkeit schon öfter beschäftigt müssen. Bekanntlich verlangt der Verband, der jetzt schon allgemein als „Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamtinnen“ verulkelt wird, daß jede Beamtin, die uneheliche Mutter wird, erzbarmungs- und rücksichtlos auf die Straße gesetzt und mit ihrem Kind der Verzweiflung preisgegeben wird, was der christliche Reichspostminister denn auch immer prompt befolgt. Neuerdings hat sich diese famose Organisation aber ein Stückchen geistigt, das allem bisher Dagewesenen die Krone aufsetzen dürfte.

Auf einem Fernsprechkam in Berlin wird seit drei Jahren eine junge Kriegswitwe beschäftigt, die ebenso wie ihre Kolleginnen

Beamtin werden sollte. Bei der Beschaffung der Papiere stellte es sich heraus, daß ihr Kind im Jahre 1915 geboren worden ist, während die Eheschließung erst im Jahre 1917, gelegentlich eines Urlaubs des Vaters des Kindes, stattgefunden hat. Helle Empörung! Und „somas“ soll Beamtin werden? — Der Reichsheitsklub setzte seine Vorstandsjungfrauen in Bewegung und erreichte, daß der Frau, deren Mann im Jahre 1918 gefallen ist, eröffnet wurde, sie sei wegen unmoralischen Lebenswandels vor der Eheschließung von der Bewerberliste für Beamtinnen gestrichen worden.“

So geschah im Jahre 1922. Und das nennt man dann christliche Nächstenliebe und Dank des Vaterlandes. Heil Giesberts!

Englische Stimmen zur deutschen Krise.

London, 15. Februar. (W.T.B.) Ueber die heute bevorstehende Abstimmung im Deutschen Reichstage über das vom Reichkanzler Dr. Wirth geforderte Vertrauensvotum heißt es im „Daily Telegraph“: Wenn die Regierung Wirth gestürzt würde, so würden die Beziehungen Deutschlands zu der Entente einen starken Rückschlag erleiden. Deutschlands Lage in der Reparationsfrage würde auf jeden Fall schwieriger gestaltet werden.

Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt, die Gegner Wirths begämen erst jetzt einsehen, daß ein Gelingen ihrer Aktion ernste Folgen für die Führung der deutschen Außenpolitik haben könnte. Sie würden durch einen Erfolg ihrer Abenteuer sehr in Verlegenheit geraten. Die letzte Aussprache über den Eisenbahnerstreik im Reichstage habe gezeigt, daß eine Koalitionsregierung für Deutschland unentbehrlich sei, wenn ein Bürgerkrieg vermieden werden sollte. Je breiter daher die Koalition sei, um so besser sei es. Daß der gegenwärtige Augenblick für eine politische Krise wegen der Ernennung Rathenous gewählt worden sei, sei einer jener Umstände, die ein unbedeutender Beobachter der parlamentarischen Entwicklung in Deutschland nur mit höchstem Erstaunen ansehen könne.

In einem Artikel der „Ball Mail and Globe“ werden Wirth und Rathenou als „die Riesen unter den deutschen Zwergen“ bezeichnet. Wirth sei ein Mann von politischer Genialität; in der Ernennung Rathenous zum Minister des Auswärtigen habe er den einzigen Mann gewählt, der den Posten vollständig ausfüllen könne. Die Ernennung Rathenous sei ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung. Im Gegensatz zu der Wehrzahl der Deutschen sei er ein Mann von europäischem Ueberblick, der für ein internationales Einvernehmen einträte. Rathenou habe im August 1920 in Spa die Wege für Deutschland gerettet.

Arbeitslosendemonstration in Wien.

Wien, 15. Februar (Antel.) Gestern versammelte sich in der Volkshalle des Rathauses eine große Anzahl Arbeitsloser. In der Versammlung, die sehr gut besucht war, waren auch Vertreter der Gewerkschaftskommission erschienen. Die Sprecher der Arbeitslosen verlangten unter Hinweis auf die unzureichende Arbeitslosenunterstützung die Abschaffung der Ueberstunden und der Akkordarbeit. Domes sprach im Namen des Gewerkschaftsverbandes, von vielen erregten Zwischenrufen unterbrochen. Die angenommene Resolution fordert die Angriffnahme umfassender Notstandsarbeiten, wie die Ausbesserung des Eisenbahnmateriale, die Elektrifizierung der Bahnen und den Ausbau der Wasserkraft. Ferner sollen staatliche Anleihen flüssig gemacht werden, der Bau von neuen Wohnungen beschleunigt, die staatliche Arbeitslosenversicherung verbessert werden. Die Resolution konstatiert, daß ein Teil des sozialdemokratischen Finanzplanes bereits verwirklicht wurde und fordert, daß nun auch die restlichen Umrüge der Sozialdemokraten durchgeführt werden sollen. Nach Schluß der Kundgebung zerstreuten sich die Versammlungsteilnehmer in voller Ruhe. Zu den befürchteten Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Arbeiteraussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 15. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussperrung hat gestern abend eingesetzt. 200000 Arbeiter sind betroffen. Das staatliche Einigungsamt hat für heute vormittag neue Verhandlungen einberufen.

Landwirtschaftliche Maschinen aus dem alten Eisen der abgetakelten Kriegsschiffe machen wollen.

Denn kriegerische Neubzüge gelten heute nur dann für erlaubt, ja für eine edle und herrliche Sache, wenn sie von staatlichen Regierungen arrangiert werden. Dem privaten Kapitalismus verbietet die herrschende Moral eine derartig impulsive Betätigung des Unternehmungsgewistes. Außerdem dürfte Ford auch mit seiner Maschinenfabrikation reichlich auf die Kosten kommen.

Kammerspieler: „Kanzlist Krehler“ von Georg Kaiser. Zwanzig Jahre lang hat Kanzlist Krehler seinen Amisfessel abgesehen; ein zerklüfteter Mensch, der nicht recht sah, nicht links blickte, Papierstaub nur einatmete. Feder, Wälder, Meere, nichts war für die Augen vorhanden, die nur auf das Tintenfaß zielten. Dabei ist er ebenso zerquetscht gewesen. Die Alte wurde dick und nörgelig dabei, eine Kaffeeschwefel, wie sie im Buche steht. Kam der Geometer, der liebe, dumme Junge, um das Mädel, die Tochter, in die Ehe zu holen. Alleinbürgerhochzeit. Krehler schlüß sich kaum zwei Stunden nach der dürrigen Hochzeitstreppe aus. Dann wieder an den grünen Tisch. Wunder, Zufall, verdamntes Schicksal! Der Herr Rot kopft dem Kanzlisten auf die Schulter: Wie war' es, wenn Sie diesen einen Tag feierten? Als Krehler plötzlich zur ungewohnten Stunde an die frische Luft. Da geschieht die Tragikomödie. Er entdeckt die Welt zum ersten Male. Die Stadt lebt. Grüne Gärten, blaue Gewässer gibt es. Krehler jubelt auf. Er schreit: Wieviel verlorenes Dasein neu zu gewinnen! Hin aus, hinaus! Nicht mehr Kanzlist! Toll sein, die Erde erobern an irgend-einem Ende! Aber die Ehefrau, rund, leidend, bequemt, läuft zum Herrn Rot in die Kanzlei. Dem Narren den Kopf grabdrückt, ihn wieder einsperren ins Amt! Tragödie zwischen Spießer und Spießerin, das Ehebett des Kanzlisten aufgedeckt! Reich noch eine neue Hemmung, obwohl der müde Mann schon genug verdauert vor dem Herrn Rot einkippt. Der Schwelgerjohn scheint ein Er-rinder. Der wird vielleicht holen, was die alte Altemaschine nur raumen kann. Als geht der ganzlich nährlich gewordene Kanzlist dem Schwelgerjohn ans Leben. Das letzte: Er wirft sich selbst in die Todeszelle, in die er den Glücklicheren hineinfallen ließ. Er fällt symbolisch in die Grube, die er dem anderen grub.

Alle Dichtertelie ist auf diesen Kanzlisten gefreut, auf das höchst lächerliche und höchst beklagenswerte Uatler. Alle übrigen werden zum Charakteristik, oder sie miszotren in der Zeichnung. Ein erster Akt, der aber pantomimisch als psychologisch ist, ein zweiter Akt, vortrefflich, ein dritter Akt, der miserabel, oberflächlich, halb, ungeschickt, leichtfertig und daneben mifällig und nichts als erprehter Korporkorpsfund ist. Hat Kaiser keine Zeit für den dritten Akt gehabt? War er zu faul geworden? Gleichgültig, solches Geschubere verdient Rache.

Im Schrei der Frau Kupfer, der Kanzlistin, war herrlich, unversehlich. Als sie schlief machen will mit dem Herr-Walter, Wochfrau werden will und nach dem Annoncenblatt schreit. Wieder Leben, wieder naturalistisches Leben und abgeföhnt alles Grübeln, ob das Stück einen besonderen Schauspielerstil verlangt. Es der-

langte sicher nicht, daß Paul Graeh natürlicher den Piffikus und seligen Irenhauskandidaten als den armen, verfallenen Bureau-hand und zeigte. Dieser Kanzlist ist ein Stück Kaiserlicher Sozialismus, d. h. Selbstherrerei des Dichters, der schildert, wie einem zumute ist, dem es ewig dreckig geht. Georg Kaiser und Kanzlist Krehler sind zwar nur Revolutionäre mit Scheinlappen, aber es lohnt trotzdem in beiden, was Graeh nicht merkte oder nicht merken konnte. Hans Brausewetter und Biskette Denera spielen das glücklichere Jugendpaar, Herr Babst gab den flugen Regierungsrat artig und bereitfam. Max Hochdorf.

Kultur in der Reklame. Der Deutsche Werkbund hat einen besonderen Ausschuh für Werbewesen begründet. Mit dem Vorh wurde Prof. Peter Behrens beauftragt. In den Ausschuh wurden u. a. gewählt: Bernhard Berlin, Chmder-München, Gessen-Berlin, Klingendorff-Berlin, Kropf-Wiesbaden, Kupferberg-Mann, Redendorff-Berlin, Dr. Redelab-Berlin, von Zur Westen-Berlin, Rudolf Weisheit, Hans Wener und Dr. Sachs, die als Vorstandsmitglieder des Vereins der Werbefreunde schon auf diesem Gebiete mit Erfolg gewirkt haben. Dieser „Ausschuh für Werbewesen“ wird alle künstlerischen Fragen des kaufmännischen Werbewesens bearbeiten, wie Wettbewerb, Künstler- und Rechtschutz, Reklameberatung usw. Eine eigene Zeitschrift soll das Bestreben für die Kultur in der Reklame weden und über alle künstlerischen und kulturellen Fragen auf dem Gebiete Bericht erstatten. — Behrens hat Entwürfe für eine weitere Ausgestaltung der Außenreklame an der Leipziger Messe fertiggestellt. Die Leipziger Messe mit ihrer vielfältigen, teilweise aber noch ungeordneten Reklame hat den Gestaltungswissen des Künstlers von jeder Kraft gereizt. Die „Reklameburg“, deren Anfänge schon im letzten Herbst das Keufere der Messe auf dem Markt hart verändert hatte, wird zur Frühjahrsmesse mit einer Reihe weiterer Türme und mit phantastischen Reklamen aller Art ausgebaut werden. Den Eingang zum Ausstellungsgelände mit der Technischen Messe und der Baummesse hat Behrens zu einem „Reklamehof“ ausgestaltet, der wiederum eine neue Form der Außenreklame bringt.

Holland ohne Windmühlen. Die Windmühlen scheinen ein so unentbehrlicher Bestandteil der holländischen Landschaft, daß man sich diese ohne den materiellen Reiz der melancholischen Mühlenlägel gar nicht recht vorstellen kann. Und doch wird man in Zukunft darauf verzichten müssen, denn die Windmühlen sind auf den Ausstarbretat gesetzt. Die Müller haben seit Einführung des Lichtstudenloges nicht mehr Ruhe, zu warten, bis ein günstiger Wind die Flügel der Mühle in Bewegung setzt. Sie müssen einen Umbau der Mühlen vornehmen und Petroleummotore einbauen, die ungleich zuverlässiger als der Wind sind und das Werk auch schneller treiben.

Ueber die Kultur der Mittelalten im Nördlichen Deutschland wird im Kultur der Mittelalten der holländischen Landschaft, daß man sich diese ohne den materiellen Reiz der melancholischen Mühlenlägel gar nicht recht vorstellen kann. Und doch wird man in Zukunft darauf verzichten müssen, denn die Windmühlen sind auf den Ausstarbretat gesetzt. Die Müller haben seit Einführung des Lichtstudenloges nicht mehr Ruhe, zu warten, bis ein günstiger Wind die Flügel der Mühle in Bewegung setzt. Sie müssen einen Umbau der Mühlen vornehmen und Petroleummotore einbauen, die ungleich zuverlässiger als der Wind sind und das Werk auch schneller treiben.

Poincarés Sabotageversuche an Genua.

Die linksrepublikanische und sozialistische Oppositionspresse in Frankreich hat die Note Poincarés an Lloyd George bezüglich der Konferenz von Genua unumwunden als das bezeichnet, was sie ist, nämlich einen kaum verkleideten Versuch, die Konferenz zu „torpedieren“. Die französische Regierung löst keine Mittel unversucht, um durch eine Verschiebung vorerst um eine bestimmte Zeit, schließlich eine Vertagung auf unbestimmte Zeit zu erwirken. Zu diesem Zwecke dienen, außer den zahlreichen Vorbehalten über die Auslegung der einzelnen in Cannes vereinbarten allgemeinen Bedingungen, die Vorschläge betreffend die Veranstaltung „vorbereitender“ interallierter Sachverständigenbesprechungen; ferner die Versuche, den Völkerbund in dieser oder in jener Form in die Affäre hineinzuziehen, um aus Genua ein neues Babel zu machen; des Weiteren der immer wiederkehrende Hinweis auf die noch unklare Stellungnahme der Vereinigten Staaten; neuerdings wird auch die kleine Entente dazu verwendet, eine Verschiebung durchzusetzen, und der in Paris anwesende tschechische Ministerpräsident Beneš scheint sich dazu hergeben zu wollen. Mitunter intrigiert Poincaré auch in Rom, wo er anscheinend auf die Unterstützung Della Torrettas und auf die seit der Demission Bonomis noch immer nicht geklärte innerpolitische Lage spekuliert; schließlich läßt der französische Ministerpräsident sogar in London selbst Minen gegen Lloyd George legen und findet dort natürlich die lebhafteste Unterstützung gewisser Kreise, die gern den englischen Premierminister noch vor den Neuwahlen beseitigen möchten.

Aber diese Aufzählung der vielen Trümpfe, die Poincaré entweder bereits ausgespielt hat oder noch auszuspielen gedenkt — und wer weiß, was für Vorwände er noch in den nächsten Tagen ausbeuten wird! — zeigt, mit welcher Hartnäckigkeit die französische Regierung die Sabotage von Genua betreibt. Die Situation ist übrigens äußerst klar: Findet die Konferenz von Genua überhaupt statt, so bedeutet dies für Poincaré eine schwere innerpolitische Schlappe; sollte sie aber sogar positive Resultate ergeben, so wäre dies für ihn eine Katastrophe. Er würde sich zwar dahin ausreden, daß nicht er, sondern sein Vorgänger Briand schuld an allem sei, der sich von Lloyd George in Cannes trotz aller Warnungen leinerseits habe einfassen lassen, aber er bliebe in den Augen des Parlamentes und des Landes dennoch der Mann, der vor dem Amtsantritt große Töne geredet, aber seinen Willen England gegenüber doch nicht durchgesetzt habe. Geling es ihm dagegen, die ganze Konferenz zu „torpedieren“, dann ist er in den Augen der bornierten Politiker des nationalen Blods der Retter, der sein Wort gehalten und die heimtückisch von England und Deutschland beabsichtigte Aushöhlung des herrlichen Versailler Vertrages verhindert habe.

Es handelt sich demnach für die Regierung Poincaré um eine innerpolitische Frage des Seins oder Nichtseins. Ist aber demgegenüber der Einsatz für Lloyd George geringer? Würde das Prestige des englischen Staatsmannes die Belastungsprobe eines Zusammenbruches seines großen außenpolitischen Projektes ertragen können? Der britische Premierminister hat sich in den letzten Jahren von französischer Seite mancherlei bieten lassen. Wohl ging er oft zum scharfen Gegenangriff über, aber auf fast jede sensationelle Rede folgte, wenn nicht gar ein vollständiger Umfall, so doch stets ein unverkennbarer Rückzug. Seine früherer Ausdauer und Festigkeit mit Millerand, Legeres und Briand trugen jedoch nie einen so ausgesprochen persönlichen Charakter wie seine gegenwärtige Kraftprobe mit Poincaré. Unterliegt er dann wird dies wohl der Anfang vom Ende seiner staatsmännischen Karriere sein, von der die Geschichte einst sagen wird, daß sie zwar wahre Meisterstücke auf innerpolitisch-kritischen Gebieten vollbrachte, jedoch nicht infand war, jene Route von politischen und wirtschaftlichen Ignoranten in Schach zu halten, die in der Nachkriegszeit unter dem Namen „Nationaler Blod“ von Paris aus die Geschicke ganz Europas diktatorisch bestimmte.

Nach einer Meldung der Agence Havas soll der englische Botschafter Lord Hardinge gestern Poincaré mitgeteilt haben, daß nach der Meinung der britischen Regierung keine Veranlassung vorliege, die Konferenz von Genua zu vertagen. Ein derartiger Vorbehalt könnte in jedem Falle nur von Italien ausgehen, Italien habe indes noch keine derartige Absicht kundgegeben. Das Datum der Konferenz sei der einzige Punkt der Denkschrift Poincarés, der gegenwärtig den Gegenstand einer Antwort von London bilden würde.

Baut „Daily Telegraph“ versuchte Poincaré in der letzten französischen Verbotsnote an die britische Regierung, Großbritannien die Verantwortung für jede Ablehnung der Mitwirkung von Sachverständigen aus den Ländern der Kleinen Entente zuzuschreiben. Das sei zweifellos sehr geschickt, man könne jedoch in einer solchen Frage nicht zwischen dieser oder jener alliierten Macht unterscheiden und auch nicht zwischen den Alliierten und den neutralen Mächten, die eingeladen wurden. Alle müßten zugezogen werden, um der organisierenden Gruppe bei den Vorbereitungen beizustehen oder niemand.

Neuer meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde erklärt, der Grund für den Aufschub der Entscheidung bezüglich der eventuellen Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua sei die Tatsache, daß offizielle Informationen über Ziel und Tragweite der Konferenz fehlten. Welche Haltung die Regierung einnehmen wird, wenn Mitteilungen über das Programm der Konferenz so rechtzeitig in Washington eintreffen, daß Vertreter ernannt werden können, ist nicht gesagt worden. Die allgemeine Auffassung in den amtlichen Kreisen geht dahin, daß die Vereinigten Staaten nicht in offizieller Eigenschaft an der Konferenz teilnehmen können, wenn die Konferenz, wie geplant, am 8. März beginnt.

Mac Cormick gegen Frankreich.

Washington, 15. Februar. (G.) Im Senat hielt gestern Mac Cormick eine lange und heftige Rede gegen den Völkerbund, der bisher überall dort, wo er habe entscheidend in die großen politischen Fragen eingreifen können, versagt habe. So oft er einen Schiedsspruch habe fällen sollen, sei es bei der Wiederherstellung der europäischen Ordnung oder in Kreditfragen, sei es bei der Befestigung europäischer Konflikte oder bei der Beilegung von Haß und Gegensätzen, stets habe der Völkerbund Schiffbruch gelitten. In den Staaten, die sich bisher als Anhänger des Völkerbundes erklärt hätten, befänden sich nicht weniger als 2 Millionen Mann unter den Waffen, das beweise, daß der Völkerbund selbst in der wichtigsten Frage, der Abrüstung zu Wasser, See und in der Luft versagt habe. Trotzdem hätten der Expräsident Wilson und der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Demokraten Coolidge die Ab-

sicht, die Idee des Völkerbundes zum Programm für den nächsten Wahlschritt zu machen. Wenn man das amerikanische Volk für den Völkerbund fördern wolle, brauche man nur auf die große Zahl von Bajonetten hinzuweisen, die aus Genf herüberwinkten. Trotz der Zerstörung Österreichs und der Abrüstung Deutschlands ständen in Europa westlich der Weichsel mehr Menschen unter den Waffen als 1914, darunter unter dem gleichen Banner Frankreichs allein 4.750.000 Mann, das heißt zweimal soviel wie vor dem Weltkriege, da Frankreich sich gegen den Militärautokraten Deutschland verteidigen mußte. In Wirklichkeit diktiere die Politik des Völkerbundes lediglich der Oberste Rat, dessen Differenzen mit schuld daran seien, daß die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz nicht solchen Vorteil gebracht hätten, wie man hätte erwarten dürfen. Ohne die Unterstützung sei Amerika für Kredite an die Staaten des Völkerbundes nicht zu haben. Die einmalige Washingtoner Konferenz habe für die Frage der Abrüstung und des Friedens mehr getan, als der ganze Völkerbund bisher zusammen.

Hauffe an der Berliner Börse.

An der heutigen Berliner Börse lagen die ausländischen Zahlungsmittel unverändert. Dollarnoten wurden mit 198 und 199 gehandelt. Am Effektenmarkt ist jedoch die Hauffe in vollem Gange. Sprunghafte Steigerungen wiesen die Montanwerte, vor allem die oberschlesischen auf. Das in- und ausländische Publikum sucht sich mit Industripapieren einzudecken.

Die Reparationszahlungen für 1922.

Paris, 15. Februar. (WZ.) Die „Zeit Parisien“ mitteilt, scheint eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden zu sein. Die Reparationskommission solle, wie Frankreich es verlangt habe, damit beauftragt werden, den Betrag der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festzusetzen. Schmidt würden die alliierten Finanzminister gemäß einem britischen Vorschlag in London zusammenkommen, um sich über die Verteilung der deutschen Zahlungen zu einigen.

England und Indien.

Bevor die Debatte über die Thronrede im englischen Unterhaus abgebrochen wurde, gab es eine Auseinandersetzung über Indien. General Townshand erklärte, die Unruhen seien auf die zu nachgiebige Haltung der britischen Regierung in den letzten drei Jahren zurückzuführen und beantragte, in der Antwortadresse auf die Thronrede den Wunsch nach einer energiegelohren Haltung der Regierung auszusprechen. Der Minister für Indien Montague und Lloyd George wiesen die Angriffe Townshands zurück. Die Unruhen in Indien seien eine Folge des Weltkrieges. England werde nichts von seinen Rechten aufgeben. Der Änderungsantrag wurde darauf mit 248 gegen 64 Stimmen abgelehnt und die Antwortadresse angenommen.

Die Einteilung von Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 15. Februar. (WZ.) Die Bearbeitung der Wahlkreise durch die hierzu bestimmte Untersuchungskommission hatte folgendes Ergebnis: Vorgezogen sind 60 Wahlkreise mit 400 Mandaten, Oberschlesien zerfällt nach diesem Projekt in 3 Wahlkreise mit 17 Mandaten; es sind dies der 38. Wahlkreis: Königsheide, Beuthen-Land, Lublinitz, Larnowik mit 5 Mandaten, der 39. Wahlkreis: Kattowich-Land und -Stadt, Jabrze, das Gleiwitzer Gebiet mit 5 Mandaten, und der 40. Wahlkreis: Teschen, Bielitz-Stadt und -Land, Pleß, Rybnik, das Kattowicer Gebiet mit 7 Mandaten.

Der Hauptausschuss des preussischen Landtages beendete am Dienstag die Beratung des Haushaltes der Handels- und Gewerbeverwaltung. Angenommen wurde u. a. ein Antrag, wonach die Berufsschulpflicht gesetzlich auf alle Volksschulkindern ausgedehnt werden soll.

Hafen Berlin.

Nach Fertigstellung des Westhafens wird die Stadt Berlin für Hafenanlagen rund 200 Millionen Mark vorausgesehen haben. Da die zentrale Verwaltung erst jetzt durchgeführt wird, ist eine Berechnung über die Leistungsfähigkeit und Rentabilität nur möglich, soweit der Osthafen, der Humboldthafen und ein Teil des Westhafens in Frage kommen. Bekanntlich führten die Vorarbeiten auf dem Osthafen im vorigen Jahre zu einem Wechsel in der Hafenverwaltung. Wesentliche Reformen betriebstechnischer Art wurden durchgeführt und der Betrieb nach kaufmännischen Gesichtspunkten demgemäß gestaltet. Diese Betriebsumstellung kam im zweiten Halbjahre erst zur vollen Auswirkung.

Die Finanzlage der Häfen im Jahr 1921 war folgende: Die Einnahme betrug im ersten Halbjahr 3.425.741 M., die Ausgaben betragen 4.526.958 M., das Defizit 1.101.217 M. Im zweiten Halbjahr folgte die Einnahme auf 3.426.914 M., die Ausgaben betragen 3.905.503 M., das Defizit verringerte sich auf 478.589 M. Das Gesamtdesizit beträgt also 1.579.806 M.

Bei der Betrachtung über die Rentabilität der Häfen ergibt sich folgendes: Unter Anspannung aller Kräfte wird sich der Osthafen, der bisher immer ein Zuschußbetrieb war, rentabel gestalten. Die Lagerhalle am Humboldthafen hat bereits mit einem Uberschuß von 76.000 M. gearbeitet. Der Westhafen erfordert einen Zuschuß von 894.872 M. Dieses Defizit wird in Zukunft erheblich größer werden. Nach Fertigstellung wird der Westhafen dreimal so leistungsfähig sein als der Osthafen. Seine Anlagekosten werden aber optimal so groß sein und mindestens 150.000.000 Mark betragen. Die erforderliche Kapitalerbringung von 7,5 Millionen Mark würde aus Betriebsmaßnahmen nur zu einem Drittel gedeckt werden.

Die bisherigen Vorortshäfen Spandau, Tegel und Neutempelin, deren Anlagekosten rund 10 Millionen Mark betragen, sind bisher Zuschußbetriebe gewesen und werden sich auch für die nächste Zeit sehr schwer in das Gegenteil vermindern lassen. Die zentrale Verwaltung wird zweifellos hier und da das finanzielle Ergebnis beeinflussen können, sie wird aber schwer in der Lage sein, die Berliner Häfen rentabel zu gestalten, wenn nicht eine Umstellung des Betriebes nach vollkommen neuen Gesichtspunkten erfolgt, d. h. neben dem Lager- und Umschlagsbetrieb müßte nach Ansicht des Dezerenten der städtischen Hafenanlagen, Stadtrat Schünung, die Expedition, und zwar nicht nur lokal, mitbetrieben werden.

Versäuberter Schulbeginn.

Noch immer unzureichende Kohlenzufuhr.

Der Schulunterricht konnte in den wegen des Streits und Kohlenmangels geschlossenen Schulen auch gestern noch nicht überall beginnen. Es ist keine Aussicht vorhanden, das benötigte Heizmaterial innerhalb einer Woche zu erhalten. Schulverwaltungsstellen sind auf keinen Fall zu befürchten. Von verschiedenen Schulabteilungen der Bezirksämter wurde geantwortet, daß vor Donnerstagnächster Woche auf Wiedereröffnung keinesfalls zu rechnen ist.

Stimmengleichheit im Kreise Teltow.

Die Kreisstagswahlen im Kreise Teltow am 12. Februar hatten folgendes Ergebnis: SPD, 9009 Stimmen, 7 Mandate (8), UWP, 7673 Stimmen, 6 Mandate (6), KPD, 3178 Stimmen, 2 Mandate (2), Demokraten 1949 Stimmen, 2 Mandate (2), Kreisgemeinschaft 17321 Stimmen, 13 Mandate (12), außerdem die Gruppe Kompartes 313 Stimmen, kein Mandat. Danach verleiht sich das Kräfteverhältnis im Kreisstag, so daß eine vollkommene Gleichheit links und rechts sich ergibt. Auf jeder Seite stehen 15 Abgeordnete.

Gegen die Zerstückelung des Schulwesens.

Vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung wird mitgeteilt:

Gewisse Kreise sind unaufhörlich tätig, um Groß-Berlin zu zerstückeln. Hierzu ist ihnen jedes Mittel recht und in geschickter Weise machen sie ein Gebiet nach dem andern zum Angriffsobjekt. Neuerdings erhebt sich das Schulwesen wieder ihrer besonderen Aufmerksamkeit. Die Einheitschulbeschreibungen müssen erstickt und der sozialistische Einfluß zurückgedrängt werden. Um dies zu erreichen, plant man die „harmlose“ Errichtung einer besonderen Deputation für das Fach- und Berufsschulwesen. Es gilt solchen Bestrebungen energischer entgegenzutreten.

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung und das Ortskartell des KFA-Bundes Groß-Berlin haben dem Magistrat einen Protest übermittelt, in dem verlangt wird, dieses Ansuchen abzulehnen aus denselben Gründen, die den Magistrat seinerzeit zur Errichtung einer einheitlichen Deputation für das gesamte Schulwesen Groß-Berlins bestimmt haben. Die Gewerkschaften müssen als Vertretung der werktätigen Jugend das größte Gewicht darauf legen, daß die Einheitschulbeschreibungen des Schulwesens gewahrt und, soweit sie noch nicht vorhanden sind, hergestellt wird. Vor allem darf die Verbindung zwischen Volksschule und Berufsschule nicht zerhackt werden. Die Interessen der Jugend wie auch die wirtschaftliche Entwicklung machen erforderlich, daß die Volksschule mehr als bisher zu einer praktischen Berufsberatung und Berufsvorbereitung umgebaut wird und daß ein ungehörter Kluftzug von der Volksschule über die Berufsschule zur Fachschule geschaffen wird. Das ist nur möglich, wenn die Vertretung des gesamten Schulwesens durch eine Deputation erfolgt, der ein Mann vorzuziehen muß, welcher vom Vertrauen der arbeitenden Masse getragen wird.

Ein vorsichtiger Schwindler.

Ueber 300 Schwindelereien hat bereits ein Mann auf dem Kerdhof, den zu fassen trotz aller Maßnahmen noch nicht gelungen ist. Es ist ein Baronschwindler, der immer mit demselben Kniff arbeitet. Er kundschaftet aus, von welcher Großhandlung dieses oder jenes Geschäft Waren bezieht und macht dann unter dem Namen dieses Geschäftes durch den Fernsprecher bei der Großhandlung eine „eilige Bestellung“. Dabei kündigt er gleich an, daß bald ein Boie erscheinen werde, um die Ware, die man inzwischen sofort verpacken möge, abzuholen. Den Boten begleitet der Schwindler bis in die Nähe der Großhandlung. Dann läßt er ihn unter einem Vorwande allein hineingehen und erwartet ihn, wenn er wieder herkommt. Jetzt nimmt er ihm das Paket ab, entlohnt ihn, gibt ihm auch noch ein Trinkgeld und verschwindet. Die Kriminalpolizei hat alle möglichen Versuche gemacht, den Schwindler endlich zu fassen. Es gelang aber stets nur, seine Boten zu stellen, die immer nachweisen konnten, daß sie in gutem Glauben gehandelt hatten.

Der Bahnhof Friedrichstraße.

Vor dem Ende des ersten Bauabschnittes.

Die Arbeiten am Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße nähern sich dem Ende des ersten Bauabschnittes. Bekanntlich soll versucht werden, nach im Laufe dieses Jahres den neuen Bahnsteig in Betrieb zu nehmen, um durch die Stilllegung des jetzigen Stadtbahnsteiges den Raum, der für den weiteren Umbau des Sockelgeschosses erforderlich ist, zu gewinnen. Dementsprechend werden zunächst die für den Vorortverkehr erforderlichen Einrichtungen, die Zugänge zum neuen Bahnsteig, die Fahrkartenausgaben zu beiden Seiten der Unterführung der Friedrichstraße, sowie die neuen Zugänge an der Spreeseite, die in dem neuen Brückenhofen über die Spree mit einem Ausgange nach dem Reichstagsufer und einem zweiten Aus- und Eingange nach dem Schiffbauerdamm liegen, fertiggestellt. Gleichzeitig wird auch der neue Bahnsteig mit einer vorläufigen Ueberdachung aus Holz versehen. Späterhin soll die endgültige Bahnsteighalle über dem neuen Bahnsteig zur Aufstellung gelangen. Die Bauarbeiten an dem Ausbau der Fahrkartenausgaben haben infolge des Frostes eine längere Unterbrechung erfahren, sie werden jetzt, nach Eintritt milderer Winters wieder aufgenommen werden. Ebenso mußte auch die Aufstellung der hölzernen Ueberdachung während des Frostes zurückgestellt werden. Jetzt sollen alle diese Arbeiten in vollem Umfange wieder aufgenommen werden, um den neuen Bahnsteig sobald als möglich in Betrieb und den zweiten Bauabschnitt in Angriff nehmen zu können.

Der zweite Bauabschnitt umfaßt den Ausbau des Sockelgeschosses und die teilweise Ausgestaltung der Kellerräume, besonders unter dem neuen Bahnsteig, in dem ausgedehnte Anlagen für die Reisenden (Friseur, Bad, Abort) geschaffen werden sollen. Der dritte Bauabschnitt bringt den Rest des Ausbaues (Aufstellung der beiden Hallen usw.).

Der neue Brotpreis ab 20. Februar. Das Ernährungsamt teilt mit, daß der Magistrat dem Reichsausschuss der Ernährungsdeputation, vom 20. Februar den Preis für das Großbrot von 2050 Gramm auf 13,80 M., für die Schrippe von 50 Gramm auf 4,5 Pf., für das Pfund Weizenmehl auf 4,20 M. und für das Pfund Roggenmehl auf 4 M. festzusetzen, beigetreten ist. Das bedauerliche Ausmaß der Verteuerung ergibt sich bekanntlich aus der etwa 40prozentigen Steigerung der Mehlpreise der Reichsbrotbäckerei, die durch den Abbau der bisher vom Reich getragenen Brotverbilligungssubventionen hervorgerufen worden ist.

Versuchter Raubüberfall auf einen Arzt. Gestern nachmittag erhielt der Sanitätsrat Dr. Krann, Hohenstraße 23, in seiner Wohnung während der Sprechstunde den Besuch von zwei fremden Herren. Als R. auf Anfrage antwortete, daß er sofort zu sprechen sei, wurde er von dem einen mit vorgehaltenem Revolver gepackt, während der andere einen Hammer schwang. R. rief trotzdem um Hilfe, worauf die beiden Missethäter gelang es, beide festzunehmen und zur Wache zu bringen. Beide gaben an, sie hätten unter Bedrohung Geld erpressen wollen. Es handelt sich um einen 30jährigen Kaufmann E. und um einen 22jährigen Privatführer Joseph K. Sie wurden der Kriminalpolizei zugeführt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig wärmer, aber regnerisch heute und etwas neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Donnerstag, den 16. Februar:

9. Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. bei Art. Stellung. 8 1/2 Ubr. Reichstag. Funktionäre der Reichsbrotbäckerei und Reichsbrotbäckerei. Wichtige Tagesrechnung. Uebernahme. Erklärungen. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag. 1 Ubr. Reichstag. 1 1/2 Ubr. Reichstag. 2 Ubr. Reichstag. 2 1/2 Ubr. Reichstag. 3 Ubr. Reichstag. 3 1/2 Ubr. Reichstag. 4 Ubr. Reichstag. 4 1/2 Ubr. Reichstag. 5 Ubr. Reichstag. 5 1/2 Ubr. Reichstag. 6 Ubr. Reichstag. 6 1/2 Ubr. Reichstag. 7 Ubr. Reichstag. 7 1/2 Ubr. Reichstag. 8 Ubr. Reichstag. 8 1/2 Ubr. Reichstag. 9 Ubr. Reichstag. 9 1/2 Ubr. Reichstag. 10 Ubr. Reichstag. 10 1/2 Ubr. Reichstag. 11 Ubr. Reichstag. 11 1/2 Ubr. Reichstag. 12 Ubr. Reichstag. 12 1/2 Ubr. Reichstag

